

Zeitschrift: Der klare Blick
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 4 (1963)
Heft: 50

Artikel: Sozialistische Namensgebung
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1076921>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Dagegen hat man im Jahre 1963 auch rund 60 Priestern, die inhaftiert waren, die Freiheit wieder geschenkt und den Hausarrest, der über zwei Bischöfe und drei Weihbischöfe verhängt war, aufgehoben. Den Bischöfen wurde allerdings nicht gestattet, ihre Arbeit wieder aufzunehmen. Im Oktober wurde die Verhaftung eines Priesters gemeldet. Damit beträgt die Zahl der offiziell als verhaftet gemeldeten Priester ein halbes Dutzend.

Die Bestimmungen, die die Ausbildung des Priesternachwuchses und die Erteilung des Religionsunterrichtes regeln, blieben in diesem Jahr unverändert.

Fünf der insgesamt 17 ungarischen Bischöfe sowie ein apostolischer Administrator nehmen am Oekumenischen Konzil in Rom teil. Den anderen wurden Reisepässe und Ausreisegenehmigungen verweigert.

Die fast sieben Millionen ungarischer Katholiken (Gesamtbevölkerung 10 072 000) haben bisher so gut wie nichts vom Oekumenischen Konzil erfahren, ausgenommen die Tatsache seiner Eröffnung.

Die offizielle Haltung des Regimes gegenüber Papst Paul VI. geht deutlich aus der Tageszeitung des ZK der ungarischen KP für das Gebiet von Vas hervor. In dem Blatt wurden schwere Vorwürfe gegen den Papst erhoben, da er von «Pacem in terris» «abweiche».

CSSR: Nichts Neues

Im Oktober war die Freilassung des geistigen Führers der Katholiken in der CSSR, des Erzbischofs von Prag, Josef Beran, und vier weiterer Bischöfe angekündigt worden. Nichts deutet aber bis jetzt darauf hin, dass dieser dramatische Schritt irgendeine Aenderung der Beziehungen zwischen Kirche und Staat in der CSSR zur Folge haben könnte.

Denn weder dem heute 74jährigen Erzbischof Beran, der 14 Jahre inhaftiert war, weil er sich damals geweigert hatte, einen Eid auf die kommunistische Verfassung zu schwören, noch den anderen aus der Haft Entlassenen ist es bisher gestattet worden, ihre kirchlichen Aemter wieder auszufüllen. In Haft befinden sich immer noch zwei Suffraganbischöfe.

Insgesamt sind 11 Diözesen in der CSSR verwaist, und zwar alle sieben in Böhmen und Mähren und vier der insgesamt sieben in der Slowakei. Keiner der elf an der Amtsausübung gehinderten Bischöfe erhielt die Genehmigung, am Oekumenischen Konzil teilzunehmen. Die Bischöfe, die ausreisen durften, erhielten alle einen vom Regime ausgewählten «Sekretär» und einen «Berater» für kirchliche Angelegenheiten, um sicherzugehen, dass sie in Rom stets unter Aufsicht sind.

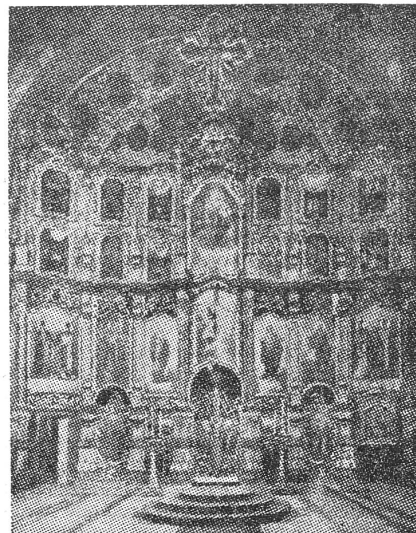
Die schwierige Lage des Katholizismus in der CSSR geht deutlich aus folgender statistischen Aufstellung hervor: In den Jahren 1933/34 gab es in der CSSR insgesamt 14 Priesterseminare mit 1050 Studenten. Heute gibt es zwei Priesterseminare. Die Zahl der Seminaristen betrug im Jahre 1962 169.

Trotz dieser Tatsachen bekennen sich heute von den insgesamt 14 Millionen Tschechoslowaken immer noch zwischen 50 und 60 Prozent zum katholischen Glauben, verglichen mit 73 Prozent vor dem Krieg. Die einzige Gelegenheit, die die Gläubigen haben, in der offiziellen Presse etwas über den Verlauf der Debatten des Oekumenischen Konzils zu erfahren, bieten die Spalten der «Katolicke Noviny», einem katholischen Blatt mit einer sehr niedrigen Auflage.

Sozialistische Namensgebung

Zum Kampf der Sowjetunion und der Volkdemokratien gegen christliche Tradition gehört ihr Ueberspielen mit neu eingeführten Bräuchen. So wurde Weihnacht zum «Fest der Liebe» oder zum «Fest von Väterchen Frost»; so werden die Feiern (namentlich in der UdSSR) mit möglicher Betonung auf den Jahreswechsel abgehalten, wobei der Christbaum zum Neujahrsbaum wird.

Nicht anders verhält es sich beim christlichen Gehalt bei jenen Zeremonien, die Abschnitte im menschlichen Leben bedeuten: Taufe, Konfirmation, Eheschliessung. Heiratspaläste, in denen die zivilstandsamtliche Eintragung von grösstmöglicher Feierlichkeit und Schönheit umgeben wird, sollen die jungen Leute das Bedürfnis nach Trauung in der Kirche vergessen lassen. Die pomphafte Jugendweihe als Verpflichtung zum kommunistischen Ideal soll in der weitgehend protestantischen Sowjetzone Deutschlands die Konfirmation abdrängen. Für die Taufe wurde ein Ersatz in der feierlichen Namensgebung gefunden, die in den verschiedenen kommunistischen Staaten unterschiedlich organisiert wird. Je nachdem wird die Organisation eines festlichen Rahmens dem Arbeitsbetrieb des Vaters oder der Jugendorganisation Komsomol anvertraut.



Orthodoxe Kirchentrennwand (Ikonostas)

In der Sowjetunion hat man den Anlass zu einem eigentlichen Festtag ausgebaut, der laufend neue Formen findet. Von einem besonders fortschrittlichen Kulturhaus, das sich diesem Zwecke widmet, berichtete in der Oktobernummer der Zeitschrift «Kulturno-Prosweetelnaja Rabota» der Leiter einer Kulturabteilung der Region Krasnodar, J. Solotuchin. Seine Ausführungen geben einen Einblick in neues sowjetisches Brauchtum und lassen erkennen, welche Mühe sich die Partei gibt, um einen Taufersatz zu finden:

«Mir wurde ein Sohn geboren. Ich bitte darum, den Tag der feierlichen Registrierung festzulegen.» An wen ist diese Bitte gerichtet? Sagen Sie nicht voreilig, diese Bitte sei an das Standesamt gerichtet. Der Vater des Kindes wandte sich an den Leiter des Kulturhauses. Schon länger als ein Jahr feiert man im Rayonkulturhaus das Fest der Namensgebung, den Tag, an dem die Kinder feierlich registriert werden.

Mitarbeiter des Kulturhauses hatten vor etwa einem Jahr mit dem Entbindungsheim und dem Standesamt telephonierte, um zu erfahren,

in welcher Familie Kinder geboren worden waren. Danach unterhielten sich die Mitarbeiter des Kulturhauses mit den Eltern und den Grosseltern des Neugeborenen und luden sie zum Fest der Namensgebung in das Kulturhaus ein. Anfangs waren solche Feste nicht sehr gut besucht. Solche Feiern waren neu und ungewohnt. Wir liessen uns jedoch nicht irre machen. Wir veranstalteten regelmässig solche Feiern, meist am letzten Sonntag eines Monats. Und das Beispiel der Eltern, die die Geburt ihrer Kinder nach dem neuen sowjetischen Brauch feierlich begingen, fand ausgezeichnete Anklang. Auch die Festzeremonie hinterliess einen unauslöschlichen Eindruck. Immer häufiger wandten sich die Einwohner von Beloretschenskaja an das Kulturhaus und baten, die Geburt ihres Kindes nach neuem Brauch zu feiern. Immer weniger Menschen lassen ihre Kinder in der Kirche taufen. Gewöhnlich erhalten an dem vom Kulturhaus festgesetzten Tag gleich mehrere Kinder ihre Namen.

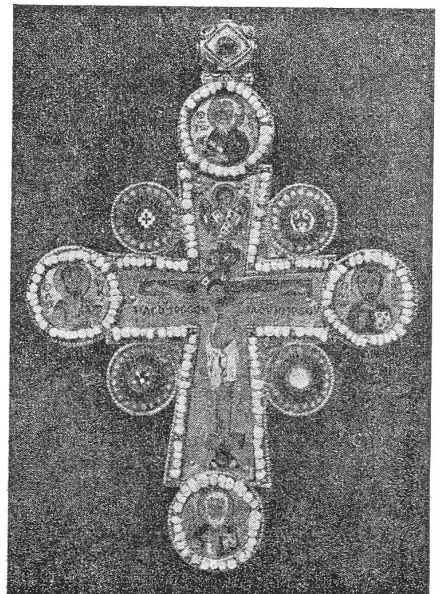
Wie verläuft nun die feierliche Zeremonie der Registrierung der Neugeborenen?

Natürlich haben an einem solchen Tag das Kulturhaus und seine Gäste besonderen Festschmuck angelegt.

Ein Fanfarensignal «Hört es alle! Hört es alle!» kündigt den Beginn der Feier an. Während die glücklichen Eltern mit dem Neugeborenen zur Bühne schreiten, spricht ein Rundfunkansager feierlich die Worte: «Heute nehmen wir neue kleine Bürger in unsere Sowjetgesellschaft auf. Väter und Mütter! Behütet eure Kinder an jedem Tag und zu jeder Stunde, denkt stets daran, dass sie schon vom ersten Tage ihres Lebens an nicht nur für euch, sondern für unser ganzes Volk heranwachsen.»

Während der Feier spürt man die menschliche Wärme, die behutsame Fürsorge um die Zukunft des Kindes, und denkt daran, welche grosse Verantwortung Familie und Gesellschaft für die Erziehung des kleinen Bürgers haben. Ein Vertreter des Stadtsowjets beglückwünscht die Eltern herzlich und ebenso ein Mitglied der Frauenorganisation des Rayons.

Als Höhepunkt der Feier wird den Eltern die Geburtsurkunde und ein Schreiben mit den Geboten für den künftigen Bürger überreicht. Die Eltern werden es so lange aufbewahren,



bis ihr Sohn oder ihre Tochter diese Gebote selbst lesen können. Gleichzeitig schenkt man dem Neugeborenen ein Pionierhalstuch und ein Komsomolabzeichen.

Ein geachteter Bürger übergibt diese Dinge den Eltern und empfiehlt ihnen, das Kind im Sinne der kommunistischen Partei zu erziehen, es als bewussten und treuen Erbauer des Kommunismus heranwachsen zu lassen und für die Aufnahme in die Pionierorganisation und anschliessend in den Komsomol vorzubereiten. Die Eltern versprechen dann, einen würdigen Bürger der Sowjetunion zu erziehen, und setzen ihre Unterschrift unter den Text dieses Versprechens, der im Kulturhaus in einem besonderen «Buch der feierlichen Registrierung neuer Bürger» aufbewahrt ist.

In der Sowjetunion fühlen sich nicht allein die Eltern für das Schicksal des Kindes verantwortlich. Die Arbeitskollegen bemühen sich stets, mit den Eltern die Freuden und auch die Schwierigkeiten bei der Erziehung eines neuen Menschen zu teilen. Aus diesem Grunde haben bei der Namensgebung auch der «Patenvater» und die «Patenmutter» grosse Bedeutung. Sie versprechen den Eltern, bei der Erziehung des Kindes zu helfen. Auch sie unterschreiben im «Buch der Registrierung».

So sieht ein sozialistischer Festtag aus. Von Mal zu Mal wird er schöner und eindrucksvoller.

voller. Einige städtische und ländliche Klubs des Rayons folgten bereits dem Beispiel des Kulturhauses und veranstalteten feierliche Namensgebungen.

Folgender Fall wurde in «Uj Szó», der Zeitung der ungarischen Minderheit in der CSSR, bekanntgegeben: In Rozsnyò weigerte sich die Funktionärin des Standesamtes, das Kind ungarischer Eltern mit einem ungarischen Vornamen zu registrieren, obschon diese Pflicht in mehreren Verordnungen vorgeschrieben wurde. Die slowakischen Funktionäre wollten den ungarischen Namen auf slowakisch übersetzen und so eintragen. In einem konkreten Fall protestierten die Eltern gegen die Haltung der slowakischen Funktionärin; ihr Protest wurde, durch die Vermittlung der Zeitungsredaktion, an die Abteilung des Rozsnyöer Nationalen Ausschusses für Innenangelegenheiten weitergeleitet. In der Antwort behaupteten die Abteilungsleiter zu diesem Fall: die Funktionärin des Standesamtes handelte nicht böswillig und chauvinistisch. Die Zeitungsredaktion erklärt aber in ihrem Artikel: In letzter Zeit kommen solche Missbräuche öfters vor, deshalb kann es sich nicht um einen Irrtum handeln. Für die Zukunft fordert die Redaktion die Abschaffung solcher Missbräuche, welche zu unerwünschten Unruhen führen.



Prozession einer orthodoxen Gemeinde auf dem Lande in Jugoslawien.

Angst vor illegaler Literatur

Aus sowjetischen Zeitungsberichten und aus Reiseberichten von ausländischen Touristen ist bekannt, dass die Verbreitung von illegaler Literatur (eingeschmuggelte ausländische Presseerzeugnisse, Emigrantenzeitungen und in der Sowjetunion hergestellte Flugblätter) immer grössere Ausmasse annimmt.

Ein Korrespondent der Regierungszeitung «Iswestija» berichtete kürzlich über sein Abenteuer in der Stadt Wolsk im Gebiet von Saratow, welches die panische Angst der Behörden vor der illegalen Literatur illustriert. Es sei noch erwähnt, dass die in der nachfolgend zitierten Zeitungskorrespondenz genannte illustrierte Beilage zur Zeitung «Iswestija» — «Nedelja» — sich durch einen für die sowjetischen Zeitungen ganz ungewöhnlichen Satz unterscheidet.

„Etwa um 8 Uhr kam ich ins Restaurant mit einem für solche Institutionen etwas merkwürdigen Namen: «Zement». Nachdem ich das Essen bestellt hatte, nahm ich «Nedelja» aus der Tasche. Die Serviertochter (später erfuhr ich, dass sie Martynowa hiess) ging einige Male vorbei und warf merkwürdige Blicke auf mich. Dann setzte sie sich plötzlich zu mir und fragte: «Bürger, was lesen Sie?» Nach dem Ton ihrer Stimme zu urteilen, hat Genossin Martynowa die Anstandsregeln nur oberflächlich studiert. Aber das ist Nebensache. «Warum interessiert sie das eigentlich», wunderte ich mich. «Ich verlange, dass Sie mir die Zeitung zeigen.» «Vielleicht befassen Sie sich lieber mit Ihren Angelegenheiten?» «Sie sind verpflichtet, mir die Zeitung zu zeigen. Und überhaupt, wer sind Sie?»

Ich konnte nicht verstehen, was los war. Für das Essen hatte ich schon bezahlt. Unterdessen kam der Maitre d'hôtel — ein unrasierter Mann in einem mit Fettflecken beschmierten Jackett — und verlangte ebenfalls die Zeitung. Als ich mich weigerte, verlangte er meine Ausweispapiere. In der Tür bemerkte ich einen Polizisten. Um einen Skandal zu vermeiden, stand ich auf und ging mit ihnen zusammen in die Miliz. Dort wurde rasch

alles abgeklärt, und man sagte mir, dass ich wieder gehen könne.

«Erlauben Sie», empörte ich mich, «wie kann man denn so tun, ohne jeden Grund bei einem Menschen Ausweispapiere verlangen, ihn bedrohen, die Zeitung aus den Händen reissen? Das ist doch Willkür.»

«Was denn, Bürger», sagte ruhig der Oberleutnant (seinen Namen wollte er mir nicht nennen), «wo sehen Sie da Willkür? Man könnte ja meinen. Man hat Ihnen doch nur die Ausweispapiere verlangt. Hätten Sie sie vorgewiesen, wäre die Sache erledigt. Und du, Martynowa, hast auch falsch gehandelt. Hättest nur uns avisieren sollen, wir hätten den Bürger selbst kontrolliert...»

Wir wollen nicht untersuchen, ob der Zeitungskorrespondent wirklich so naiv ist, wie er sich zeigt. Die geschilderte Episode beweist eindeutig, dass die lokalen Behörden und ihre Spitzel (der Postenchef kannte die Serviertochter offenbar sehr gut) bestimmte Weisungen betreffend die illegale Literatur erhalten haben, und ihr «merkwürdiges» Benehmen ist ein Beweis dafür.

Warum Militärspielzeug?

Jedes Jahr in der Vorweihnachtszeit haben es die Biefkastenredaktionen der Zonenpresse schwer, die Frage zu beantworten, warum in der Sowjetzone Militärspielzeug hergestellt und verkauft wird, obwohl Regierung und Bevölkerung gegen den Krieg und gegen die Erziehung zum Militarismus seien. Im Zentralorgan der FDJ, «Junge Welt», vom 4. Dezember wird die Frage dialektisch und vom Klassenstandpunkt aus damit beantwortet, dass «schon die Kinder so erzogen werden (müssten), dass sich ihre Liebe zur sozialistischen Heimat mit dem Gefühl und der Bereitschaft verbindet, die Heimat zu schützen und zu verteidigen. Gerade das zeichnet doch einen jungen Sozialisten aus. Wir haben eine Nationale Volksarmee, die ein Teil des Volkes ist. Unsere

Kinder sehen die Soldaten der Volksarmee in ihren Panzern, Flugzeugen und Schiffen, die wir bauten, um den Frieden und das Glück, nicht zuletzt das der Kinder, zu erhalten. Und warum sollten wir einem Kinde, dessen Bruder z. B. einen Panzer unserer Volksarmee fährt, verwehren, eine Miniaturausgabe dieses Panzers sein eigen zu nennen. Im Gegenteil. Das Kind wird dadurch besser begreifen lernen, dass man nicht nur aufbauen, sondern das Aufgebaute auch schützen muss. Entscheidend ist die Frage: Wozu dient der Panzer original, und in welchem Geist wird dementsprechend das Kind, das mit einem Spielzeugpanzer spielt, erzogen?»

Die 18. Synode der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsen erklärte im Synodalbeschluss Nr. 70, der vom Sozialistischen Ausschuss eingebracht wurde, folgendes: «Die Kirche, will sie ihrem Auftrag treu bleiben, muss es unterlassen, zu bestimmten Vorschlägen, Problemen und Vorgängen im politischen Bereich Stellung zu nehmen.»

Dieser Synodalbeschluss steht seit März d. J. im Feuer der von der SED (= KP) organisierten systematischen Angriffe. Die ostzonale CDU-Zeitschrift «Union Pressedienst» berichtet, dass 97 254 «christliche Bürger» aus dem Bereich der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsen in einem an ihre Synode und an die Kirchenleitung gerichteten Schreiben erklärten, sie liessen sich «nicht zum Schweigen und Nichtstun verführen, wenn es um die Lebensfragen unserer Nation geht». Sie wenden sich gegen den Synodalbeschluss Nr. 70. Die Leitung der Kirchlichen Bruderschaften Sachsens protestiert folgendermassen: «Bedenklich ist für uns die Aufforderung zum Schweigen. Schweigen ist die letzte Möglichkeit, darf aber nicht propagiert werden. Hier käme die Kirche nicht durch weltlichen Zwang, sondern durch eigenen Ungehorsam gegenüber Gott — ins Ghetto und verweigert ihren Dienst an die Welt...»